

## **Wo gehören wir hin – Vom Amt Windecken zum Main-Kinzig-Kreis**

Die Grafschaft Hanau, die sich von Nauheim im Taunus bis in den Spessart bei Schlüchtern erstreckte, war verwaltungsmäßig in mehrere Ämter aufgeteilt. In Hanau saß der Graf, zumindest seit er im 15. Jahrhundert die Residenz von Windecken an den Main verlegt hatte. Windecken war seither nur noch Amtsort des hanauischen Amtsbezirkes gleichen Namens. Dazu gehörte auch noch Eichen, Ostheim, Dorfelden, Hirzbach und der Beiersröder Hof und Marköbel.

Wenn nun Marköbels Bürgermeister Mörschel damals im 18. Jahrhundert die Gemeindesteuer bei der Obrigkeit ablieferte, dann musste er nach Windecken, denn dort saß der Amtmann, der die gräfliche Regierung vertrat und der Verwaltung vorstand. Er war so etwas wie ein Regierungspräsident unserer Tage, der dazu auch noch zu Gericht saß.

Letztlich liefen aber alle Fäden nach Hanau, in die Residenz, die Hauptstadt einer nicht unbedeutenden Grafschaft.

Von dieser Bedeutung als herrschaftliche Hauptstadt hat Hanau jedoch im Laufe der wechselnden Zeitläufte immer mehr verloren. Spätestens nach der Franzosenzeit, also der Ära der napoleonischen Kriege

im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert, wuchs Hanau in eine neue Rolle: Das aufbrechende Industriezeitalter änderte auch in der alten Grafschaft Hanau die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen.

Im Herbst 1813 läuteten die Völkerschlacht bei Leipzig und die Schlacht bei Hanau das Ende der Napoleonischen Ära ein. Europa lag in Trümmern.

Zwar hatte der Korse, der im Geiste der Französischen Revolution zu handeln glaubte, die Hanauer schon einmal an den bürgerlichen Freiheiten schnuppern lassen. Ein Bürgerliches Gesetzbuch (Code Civil), die Trennung von Verwaltung und Justiz, Gewerbefreiheit, Aufhebung des Zunftzwangs und der Judenghettos, Religionsfreiheit – all das hatten die Hanauer in der Franzosenzeit kosten dürfen.

Doch die materiellen Belastungen durch die nicht endenden Kriegskontributionen, Einquartierungen und nicht zuletzt der Verlust an Menschenleben durch die vielen toten Soldaten aus den zu stellenden Kontingenten hatten nicht nur die Stadt, sondern vor allem auch die Landbevölkerung auf den Dörfern hart getroffen.

Die Niederlage Frankreichs ließ denn auch die Hanauer jubeln, als Kurfürst Wilhelm I., von Napoleon ins Exil getrieben, zurückkehrte. Vor Freude errichteten man ihm in Hanau einen Triumphbogen und spannte ihm die Gäule aus.

Doch mit dem Kurfürsten kehrte auch die alte Zeit zurück. Es war Schluss mit den napoleonischen Belastungen, aber auch den Freiheiten. Das Militär musste wieder Zopf tragen.

Es waren dann aber an entscheidender Stelle Hanauer, die im frühen 19. Jahrhundert im alten hessischen Kurstaat Erneuerungen anstießen: Es waren Hanauer Unternehmer, die in Hessen-Kassel eine halbwegs fortschrittliche Zoll- und Wirtschaftspolitik durchsetzten – und damit in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts Hanau als Industriestandort festigten.

Die politisch selbstbewusst gewordenen Hanauer, bald als „Krawaller“ verrufen, standen auch an der Spitze der revolutionären Bewegung von 1830 und 1848, derer wir dieser Tage gedenken.

Hier liegen nun aber nicht nur die politischen und ökonomischen Wurzeln des heutigen, des modernen Hanau und seiner Rolle in der Region. Sondern auch die Ursprünge der heutigen kommunalen Gliederung, so weit der Weg zum Main-Kinzig-Kreis auch noch war.

Im Jahr 1821, Hessen litt noch immer unter den Folgen der napoleonischen Kriege, verfügte der ebenso reiche wie geizige und rückwärtsgewandte Kurfürst Wilhelm II. eine längst überfällige Verwaltungsreform.

Das Organisationsedikt vom 29. Juni krepelte nicht nur die Rechtsprechung durch die Trennung von

Gerichtsbarkeit und Verwaltung um. Radikal geändert wurden auch die kommunalen Strukturen, zu denen vor allem die Einführung von Landkreisen gehörte. Der neu geschaffene „Kreis Hanau“ entsprach in etwa der alten „Untergrafschaft“ der Grafschaft Hanau-Münzenberg, die seit 1736 zu Hessen-Kassel gehörte.

Der neue Kreis Hanau umfasste nun die beiden Städten Alt- und Neu-Hanau und die früheren Ämtern Bornheimer Berg, Büchertal, Dorheim und Windecken mit rund 30 000 Einwohnern.

Die einstige Residenzstadt Hanau war nun zwar Verwaltungszentrum des Kreises und Sitz des Landrats, sie war aber als Kommune erstmals in ihrer Geschichte einer übergeordneten Behörde unterworfen. Für die Hanauer Identität war dies sicher ein gewaltiger Einschnitt.

Über vier Jahrzehnte änderte sich an den gegebenen Strukturen nur wenig. Der 1866 ausgefochtene Deutsche Krieg, der Preußens Vormachtstellung in Deutschland festigte und das Ende des hessischen Kurstaates mit sich brachte, machte Hessen zur preußischen Provinz und über die Geschehnisse von Stadt und Region wurde fortan in Kassel, wo der Oberpräsident saß, oder gleich in Berlin entschieden.

1870/71, nach dem von Preußen, Bayern und Württemberg ausgefochtenen Sieg über Frankreich und der glamourösen Reichsgründung in Versailles, war

Deutschland Kaiserreich. Man orientierten sich nun noch mehr nach – Berlin.

Schon 1872 wurde dies spürbar, als Pläne des preußischen Kriegsministeriums bekannt wurden, im Westen des Reiches eine Pulverfabrik zu errichten. Mit Hilfe des Landratsamtes des Kreises Hanau war der preußische Militärfiskus bei der Suche nach einem geeigneten Areal im Wolfgänger Forst fündig geworden, strategisch nahe genug am „französischen Erbfeind“. Ob die Menschen in der Region eine Pulverfabrik wollten, interessierte dabei nicht.

Aus heutiger Sicht war die freilich ein wahrer Glücksfall, liegt dort in Wolfgang nämlich die Keimzelle des High-Tech-Standorts Hanau-Wolfgang.

Die Gründung der Pulverfabrik und damit die Grundlage für die spätere Gemeinde Wolfgang war indes weit mehr als nur eine militärisch-industrielle Neugründung. Sie sollte auch die kommunale Organisation tiefgreifend verändern. Die kommunalen Strukturen der Region um Frankfurt waren in jener „Gründerzeit“, den frühen Jahren des Kaiserreichs, ohnehin in Bewegung. Ursache war die stetige Expansion der Mainmetropole.

Die rasante Industrialisierung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts fand aber auch in und um Hanau, historisch bedingt, günstige Voraussetzungen. So entstanden im Landkreis Hanau in einer Reihe von hanauischen Dörfern und Städten bedeutende

Industriebetriebe, die erheblich zur Steuerkraft des Kreises beitrugen. Doch nicht nur dieser Aspekt, vor allem der Flächenbedarf der wachsenden Mainmetropole, ließ Frankfurt immer gieriger hinaus ins Umland blicken.

Man blieb auch politisch nicht untätig und es war Frankfurter Initiative, die 1886 zu einer ersten Gebietsreform führte. Nicht die erste und auch nicht die letzte, die den Landkreis Hanau und letztlich auch die Stadt Hanau berührte.

Dieser Gebietsreform war freilich nicht eine lang anhaltende Abwägung und politische Diskussion vorausgegangen, sie wurde, mehr oder weniger von der Obrigkeit verfügt. Mit der Gründung eines „Landkreises Frankfurt“ verlor der Landkreis Hanau auf einen Schlag sämtliche hanauischen Dörfer im Norden und Nordwesten Frankfurts (Berkersheim, Eschersheim, Preungesheim, Seckbach, Ginnheim und Praunheim) sowie die Stadt Bockenheim.

Auch Hanau mit seinen damals rund 25 000 Einwohnern, wurde aus dem Landkreis herausgelöst und war fortan als „kreisfreie Stadt“ vom Landratsamt unabhängig. Begründet wurde dies damals mit der Einwohnerzahl (!) und der Wirtschaftskraft der Stadt, welche „ . . . auch ohne den Kreis die ihr zufallenden Aufgaben wohl werde meistern können“.

Doch Frankfurts Gebietshunger war damit lange noch nicht befriedigt. Zwischen 1905 und 1910 wurden unter

anderem sämtliche einst hanauischen Orte des Landkreises Frankfurt von der Stadt Frankfurt, nicht zuletzt auf Betreiben der Industrie, geschluckt.

Auch Hanau wurde in jenen Jahren vor dem Ersten Weltkrieg von der Stadt der „Ringelcheshmacher“ und „Tabackmächer“ zu einer veritablen Industriestadt mit teilweise führenden Unternehmen der Bereiche Chemie und Maschinenbau. 1907 arrondierte sich Hanau zu Lasten des Landkreises Hanau mit Kesselstadt und sicherte sich so eine Baulandreserve für Jahrzehnte.

In Frankfurt stoppte derweil der Erste Weltkrieg vorerst weitere Expansionspläne, und in den Nachkriegsjahren waren erst einmal die Kriegsfolgen zu überwinden. 1926 sollte es dann zur nächsten „Gebietsreform“ kommen. Und wieder setzte die einst Freie Reichsstadt Frankfurt ihre Interessen durch.

So wurde durch das „Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts“ vom 27. Dezember 1927 Fechenheim nach Frankfurt eingemeindet.

Dies hatte fatale Folgen, denn mit seinen Großbetrieben wie Casella war Fechenheim die steuerstärkste Gemeinde des Landkreises Hanau. Das kostete den Landkreis Hanau, damals unter Landrat Eugen Kaiser, mit Stichtag 1. April 1928 nicht nur knapp 10 000 Einwohner, sondern nahezu die Hälfte seines Steueraufkommens. Das kreisfreie Hanau indes focht dies alles nicht an.

Zwar war die Stadt auch in wirtschaftlicher Hinsicht Zentrum des Kreises, doch verwaltungsmäßig hatte ihr der Landrat nichts zu sagen; das war der Regierungspräsident.

Am 1. Januar 1928 bestanden in Preußen neben rund 1000 Stadtgemeinden etwa 29000 Landgemeinden und 11894 (!) selbstständige Gutsbezirke, meist östlich der Elbe. Intention des Gesetzes von 1927 war neben einer Strukturvereinfachung unter anderem, auch den Staatsbürgern mit Wohnsitz in einem der Gutsbezirke zu einer kommunalen Interessenvertretung zu verhelfen.

Sie wurden nun in Nachbarkommunen eingegliedert oder, siehe Wolfgang, selbst in Landgemeinden umgewandelt.

Was für die pommerschen Rittergüter gut war, das war für die Hanauer billig: Das Gesetz aus dem fernen Berlin brachte nämlich auch der Goldschmiedestadt einen Gebietszuwachs – wiederum auf Kosten des Kreises.

Die Reform betraf in Hanau zunächst die Gutsbezirke Philippsruhe und Wilhelmsbad. Der Gebietsgewinn für die Stadt war ordentlich, an Köpfen und damit Steuerzahlern standen den 424 Hektar aber nur magere 242 Einwohner gegenüber. Interessant für die künftige Stadtentwicklung, aber damals noch weit jenseits aller Planung, war, was im Osten der Stadt geschah. Nicht nur der Gutsbezirk Neuhof, also das Gebiet des heutigen

Stadtteils Lamboy-Tümpelgarten nebst Teilen der Bulau jenseits der heutigen Umgehungsstraße kamen zu Hanau.

Auch durch einen Teil des Wolfgänger Forsts, zusammen mit dem Gut Neuhof nun „Oberförsterei Hanau“, erweiterte sich die Stadt 1928 bis an die Bebraer Bahn. Auf diesem Gelände mit Waldungen und Kleingärten sollte acht Jahre später in die militärische Zukunft Hanaus investiert werden: Mit der neuen Pionierkaserne erfuhr der Militärstandort Hanau 1936 – wie auch mit der zeitgleichen Errichtung des Fliegerhorstes – eine bedeutende Erweiterung.

Nach 1933 als die kommunale Selbstverwaltung ohnehin nur noch auf dem Papier stand, gab es keine nennenswerten Veränderungen der kommunalen Landkarte. Die alte Provinz Hessen-Nassau, zu welcher der Landkreis Hanau gehörte, bestand bis zum 30. Juni 1944, eine dann verfügte Aufspaltung in die preußischen Provinzen Kurhessen und Nassau hatte jedoch in jener letzten Phase des Zweiten Weltkrieges keine Bedeutung mehr. Der Staat Preußen wurde 1945 von den Siegermächten aufgelöst.

All dies haben der Landkreis und die Stadt Hanau unbeschadet überstanden, sprich: An ihrem Status änderte sich auch im „neuen“ Deutschland nichts. Dies sollte denn auch so bleiben bis in die 1960er Jahre, als in Hessen die Diskussion über eine Gebietsreform begann. Ursache war die anwachsende Bevölkerung und

die damit einhergehenden veränderten Anforderungen an die Kommunalpolitik.

Vom Kriegsende bis 1961 hatte sich die Einwohnerzahl des Landkreises Hanau auf knapp 100 000 verdoppelt, ihren Vorkriegsbevölkerungsstand von etwa 40 000 hatte die kreisfreie Stadt Hanau zu diesem Zeitpunkt schon wieder deutlich überschritten.

Gleichwohl zeichnete sich für Hanau ein Einschnitt ab, indem das Land Hessen Anfang der 1970er Jahre eine Gebietsreform anging, bei der schließlich am 1. Juli 1974 aus den drei Landkreisen Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern sowie der kreisfreien Stadt Hanau der Main-Kinzig-Kreis entstand.

Hanau aber musste für den Verlust der Kreisfreiheit entschädigt werden: auf Kosten des Kreises Offenbach nämlich. Die Stadt Steinheim und die Gemeinde Klein-Auheim sorgten für eine Ausweitung des Stadtgebietes über den Main hinüber, Mittelbuchen und Großauheim mit seinem Stadtteil Wolfgang wurden damals gleichfalls Hanauer Ortsteile.

Zugleich war Hanau – neben sechs anderen hessischen Kommunen – Sonderstatusstadt, war zwar kreiszugehörig, aber nahm mehr Aufgaben wahr, als eine „normale“ kreisangehörige Stadt oder Gemeinde.

Seither sind über vier Jahrzehnte vergangen. Hanau war 90 Jahre lang, von 1886 bis 1974 sein eigener kommunaler Herr gewesen war. Doch nicht nur in

dieser „kreisfreien Zeit“ war das Verhältnis zwischen Stadt und Kreis stets ein Geben und Nehmen. Nun aber strebt Hanau nach fünf Jahrzehnten im Main-Kinzig-Kreis zurück in die Kreisfreiheit. Wie hatte es doch 1886 geheißen: Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft seien ausreichend für eine kommunale Selbständigkeit.

Die Zukunft wird es weisen, ob dieser Satz von sellemals auch heute noch – oder wieder – Gültigkeit hat.